

## FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 30.6.2015

### » GREEN NEW DEAL: IN DIE ZUKUNFT EUROPAS INVESTIEREN



Die europäische Wirtschaft kämpft mit anhaltenden Problemen, deren systemische Ursachen noch immer ungelöst sind. Die Arbeitslosigkeit ist besorgniserregend hoch, besonders unter Jugendlichen. Die Schuldenquoten sind seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise in fast allen EU-Mitgliedstaaten kontinuierlich und teilweise dramatisch gestiegen. Die Wirtschaftsleistung stagniert oder ist eingebrochen. Die EU driftet immer weiter auseinander anstatt mehr gemeinsame Wohlfahrt zu schaffen.

Gleichzeitig stehen wir einer enormen ökologischen Herausforderung gegenüber, deren Lösung keinen Aufschub mehr duldet. Um die Erderwärmung auf das gerade noch erträgliche Maß zu begrenzen, müssen die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Eine Wirtschaftspolitik, die ökologisch und sozial blind ist, kann dafür nicht die Lösung sein.

Um die ökonomische, die soziale und die ökologische Krise zu meistern, müssen Lösungen für diese parallelen Krisen zusammen gedacht werden: Wir brauchen einen Green New Deal, der Investitionen und Ökologie zusammen bringt, um Europa aus der Krise heraus auf ein neues Gleis zu setzen und einen neuen sozialen Ausgleich zu gestalten. Wir brauchen massive Investitionen in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz und in neue grüne Technologien, die uns unabhängig von fossilen Brennstoffen machen.

Für diesen Kurswechsel in Europa hin zu einer ökologisch wie sozial nachhaltig gestalteten Zukunft braucht es gezielte Initiativen zur Stärkung von privaten und öffentlichen Investitionen und ein insgesamt günstigeres Investitionsklima in Europa. Denn Sparen allein ist nicht der Weg, um aus der Krise zu kommen. Wir erteilen der Kaputtsparpolitik eine klare Absage und setzen uns für eine ausgewogene Konsolidierung von Haushalten ein, die soziale und ökologische Gerechtigkeitsfragen im Blick hat. Wer Investitionen in Europa stärken möchte, muss zudem auf Strukturreformen setzen, die unnötige Investitionshemmnisse abbauen, die Gesellschaft gerechter machen, monopolartige Marktstrukturen durchbrechen und kluge Lösungen für wirtschaftliche Probleme finden. In vielen EU-Staaten wurde in den letzten Jahren viel zu wenig getan, um unnötige bürokratische Hindernisse zu beseitigen, Rechtsstaatlichkeit zu stärken und Korruption zu bekämpfen. Wir müssen wirtschaftliche Strukturen schaffen, die der breiten Bevölkerung Chancen und Perspektiven bieten und die ökologische Frage angehen. Dem Abbau von Umweltstandards erteilen wir dabei eine klare Absage. Die ökologische Erneuerung muss systematisch vorangetrieben werden durch den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, durch Anreize für technologische Innovationen und eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation. Zur Finanzierung dieser Aufgaben braucht es eine Offensive gegen Steuervermeidung sowie Maßnahmen gegen Korruption und für eine transparente Demokratie, auf nationaler wie auf europäischer Ebene.

### **DIE EZB KANN DIE KRISE NICHT LÖSEN**

In dieser Situation handelt die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen der ihr verbliebenen Instrumente zur Stabilisierung der Konjunktur, nämlich dem Ankauf von Unternehmens- und Staatsanleihen (Quantitative Easing, QE). Wie gut die Maßnahme wirkt, ist jedoch zweifelhaft. Sie begegnet zwar der Deflationsgefahr und drückt kurzfristig die Zinsen, kann aber dadurch allein keine langfristige wirtschaftliche Dynamik ermöglichen. Die Politik des billigen Geldes kauft den Regierungen

lediglich Zeit. Doch die Regierungen bleiben tatenlos. Um die Niedrigzinsphase zu überwinden sind vor allem Investitionen nötig. Solange die Niedrigzinsphase anhält, müssen die dadurch entstandenen Investitionsspielräume für eine breit angelegte sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaften mit dem Ziel, Wohlstand für alle zu erhöhen und den Ressourcenverbrauch massiv zu senken, genutzt werden.

Ohne eine europäische Investitionsstrategie bleibt es bei der Niedrigzinsphase und der Geldschwemme – mit gefährlichen Nebenwirkungen, da das Geld auf der Suche nach Rendite in spekulativen Finanzanlagen oder Immobilien fließt und neue Blasen erzeugt. Dadurch steigende Vermögenspreise führen darüber hinaus zu unerwünschten und willkürlichen Umverteilungseffekten, die die wachsende Vermögensungleichheit in Europa weiter vertiefen – selbst EZB-Präsident Mario Draghi weist darauf hin. Die extremen Niedrigzinsen bedrohen die Geschäftsmodelle gerade der Banken, die das realwirtschaftlich erwünschte Geschäft übernehmen: Spareinlagen annehmen und Kredite ausreichen. Auch die verschiedenen Systeme privater und betrieblicher Altersvorsorge geraten vermehrt unter Druck. Das billige Geld allein regt also produktive Investitionen nicht an und erhöht die Gefahr spekulativer Blasen, beispielsweise im Immobiliensektor.

Eine weitere Folge ist die Abwertung des Euros. Dadurch werden Exporte billiger und Importe teurer. Das stärkt zwar auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer, allerdings ist der Effekt für Länder wie Deutschland mit einem ausgeprägten Exportsektor viel stärker. So entstehen unerwünschte Nebeneffekte: Deutschland erreicht schon wieder Rekordüberschüsse, deren Erlöse jedoch nicht in Deutschland oder der Eurozone investiert werden. Die makroökonomischen Ungleichgewichte sind eine der Hauptursachen der Eurokrise. Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, müsste innerhalb der Währungsunion durch eine effektive Koordination der Wirtschaftspolitiken und mehr Investitionen gegengesteuert werden.

Damit ist klar: Die EZB stößt mit ihren geldpolitischen Instrumenten an Grenzen. Sie sind ökologisch blind und verteilungspolitisch fraglich. Solange die Regierungen wirtschaftspolitisch auf der Bremse stehen und die notwendigen Investitionen blockieren, werden die realpolitischen Probleme durch die EZB nur übertüncht werden.

## **WIRTSCHAFTLICHE STABILISIERUNG DURCH INVESTITIONEN**

Investitionen sind ein wichtiger Weg, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Grundlage für eine nachhaltige Erholung zu legen. Durch Investitionen werden Arbeitsplätze geschaffen, die Einkommen der Beschäftigten steigen und die Nachfrage wird gestärkt. Im Moment findet in Europa das Gegenteil statt: In den Krisenländern sind Unternehmen und Privathaushalte überschuldet und investieren nicht, die Staaten dürfen es aufgrund der Vorgaben der Strukturanpassungsprogramme nicht. Wenn aber alle Sektoren gleichzeitig sparen, bricht die Wirtschaftsleistung ein. Als Ergebnis ist die Investitionstätigkeit ausgesprochen niedrig, das Beschäftigungsniveau befindet sich in einem Tief, die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung und die Nachfrage in Europa sind auf lange Sicht gering. Die fehlenden Investitionen schwächen zudem die wirtschaftliche Basis, mit der die bestehenden öffentlichen und privaten Schulden abgetragen werden könnten, und blockieren den Weg in eine ökologische Zukunft.

Gerade deshalb ist die Frage, welche Investitionen getätigt werden, nicht unerheblich. Angesichts der Notwendigkeit der Einhaltung der planetaren Grenzen müssen sich Investitionen den strategischen Zielen der sozial-ökologischen Transformation unterordnen. Der durch solche Investitionen in einem erfolgversprechenden Umfang ausgelöste Impuls muss den aktuellen Abwärtstrend bei Preisen und Beschäftigung auch tatsächlich stoppen können. Hier sind öffentliche genauso wie private

Investitionen erforderlich. Die öffentliche Hand kann nicht die alleinige Verantwortung für die wirtschaftliche Erholung schultern, sie muss aber mit zukunftsorientierten Investitionsentscheidungen und Strukturreformen private Investitionen unterstützen und ermöglichen. Wer zu kurz springt oder Pseudo-Lösungen vorschlägt, schreibt de facto den Status quo fort und muss für die fatalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen dieses Zustands die politische Verantwortung übernehmen.

Auch in Deutschland fehlen Investitionen. Laut Schätzungen des DIW beträgt die Investitionslücke bei öffentlichen und privaten Investitionen in Deutschland zurzeit etwa 75 Milliarden EUR pro Jahr (bzw. 3 % des BIP). Öffentlichen Investitionen kommt in dieser Beziehung eine wichtige Bedeutung zu. Die Infrastruktur der europäischen Länder ist ein entscheidender Standortfaktor, sie darf nicht aufgrund mangelnder öffentlicher Investitionen verfallen. In Deutschland liegt der Wertverlust der öffentlichen Infrastruktur durch Verschleiß deutlich über den Investitionen in die selbige, d.h. die öffentliche Infrastruktur verliert zunehmend ihre Substanz.

Die Bundesregierung legt in dieser Situation ein 10-Mrd.-Euro-Investitionsprogramm auf und bietet den Kommunen ein 3,5-Mrd.-Euro-Sondervermögen an. Dies ist ein kleiner und längst überfälliger Schritt. Ein großer Wurf angesichts des Verfalls der Infrastruktur landauf, landab ist es jedoch nicht.

Deutschland könnte aktuell viel mehr investieren, ohne neue Schulden aufzunehmen. Doch die große Koalition verweigert hier seit Langem die Arbeit. Sie ist einer dogmatischen und symbolfixierten Haushaltspolitik verhaftet. Wir wollen durch Entrümpeln, Umschichten, Subventionsabbau und höhere Einnahmen Spielräume für kluge Investitionen in die Zukunft schaffen, wie bereits mit dem grünen Klimaschutzhaushalt, der sich aus dem Abbau umweltschädlicher Subventionen speist und Einsparungen fossiler Energien im Strom- und Wärmebereich anreizt. Wir schlagen vor, einen Investitionsplan im Umfang von 45 Mrd. Euro auf den Weg zu bringen, der vor allem Investitionen in die Köpfe, ins Klima und eine lebenswerte Umwelt sowie in Infrastrukturen für die Informations- und Mobilitätswelt des 21. Jahrhunderts beinhaltet. Diese Investitionen haben eine Dividende, die allen zugutekommt und Deutschland gerechter macht.

## **PRIVATE INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN**

Mit der so genannten „Investitionsoffensive für Europa“ des EU-Kommissionspräsidenten Juncker liegt ein Vorschlag zur Förderung der Investitionstätigkeit in Europa auf dem Tisch, der „European Fund for Strategic Investments“ (EFSI). Der geplante EU-Investitionsfonds bietet die Chance, Zukunftsinvestitionen europäisch zu generieren, zu koordinieren und finanziell zu unterstützen und somit zur weiteren wirtschaftspolitischen Integration in der EU beizutragen. Ob der neue EU-Investitionsfonds zum Erfolg wird und signifikant zu mehr nachhaltigen und innovativen Investitionen sowie mehr Beschäftigung führt, hängt von der konkreten Ausgestaltung und Anwendung ab. Das EU-Parlament, die EU-Kommission, die Europäische Investitionsbank und vor allem die nationalen Regierungen der EU müssen beweisen, dass sie Verantwortung übernehmen und realwirtschaftliche Investitionen möglich machen wollen. Denn das Billionenprogramm der EZB zum Ankauf von Staatsanleihen ist kein Ruhekiten sondern ein dringender Appell, endlich Investitionen strategisch aufzustellen und Nachfrage anzukurbeln.

Der EU-Investitionsfonds (EFSI) muss europäische Projekte im Sinne eines Green New Deal und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen fördern und somit zur Überwindung wichtiger Zukunftsprobleme beitragen. Europa braucht mehr Investitionen in Energienetze, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Schieneninfrastruktur, schnelles Internet sowie Bildung und Forschung. Zudem bedarf es europäischer, demokratischer und transparenter Entscheidungsstrukturen, damit der EFSI

kein nationaler Selbstbedienungsladen wird. Vielmehr müssen Investitionen im Einklang mit den Zielen der EU 2020 stehen und dorthin fließen, wo sie am dringendsten gebraucht und nicht anderweitig finanziert werden können. Deshalb müssen europäische Akteure wie die EU-Kommission und das EU-Parlament eine Schlüsselrolle übernehmen. Die parlamentarische Beteiligung des EU-Parlaments ist dabei ein zentraler Punkt, um die Kontrolle der europäischen Haushaltsgelder zu gewährleisten. Es ist zu begrüßen, dass sich das EU-Parlament in den Verhandlungen bei diesen wichtigen Punkten weitestgehend durchsetzen konnte. Zudem wurde auf Druck der grünen Europafraktion vereinbart, ein Punktesystem einzuführen, das bewertet, ob Projekte zur Erreichung der EU 2020-Ziele beitragen und zum Beispiel Klimaschutz fördern und Beschäftigung schaffen. Damit sollen die Projekte vorrangig gefördert werden, die nachweislich einen nachhaltigen Nutzen haben. Eine bittere Pille bleibt die Teil-Finanzierung des EFSI aus europäischen Forschungsmitteln, auch wenn es dem EU-Parlament gelungen ist, die Summe um eine Milliarde Euro zu verringern und die Grundlagenforschung aus den Kürzungen herauszunehmen. Auch die Bundesregierung muss dazu beitragen, dass der EFSI ein Erfolg wird. Deutschland soll sich mit 12. Mrd. Euro am geplanten EU-Investitionsfonds beteiligen, um europäische Zukunftsinvestitionen im Sinne eines Green New Deals sowie kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Neben Anreizen für private Investitionen müssen auch öffentliche Projekte im Rahmen des EFSI finanziert werden, um einen Beitrag zur Lösung der Nachfrageschwäche und der eingebrochenen Investitionen der öffentlichen Hand zu leisten.

## **DIE BESTE FINANZIERUNGSFORM FÜR DEN STEUERZAHLER**

Der EU-Investitionsfonds soll Investitionsrisiken mindern und so die Investitionsdynamik wieder ankurbeln, er darf aber privaten Investoren keine risikolosen Gewinne zuschanzen, wie das in Deutschland bei teuren und gescheiterten ÖPP-Projekten der Fall war und ist. Vielmehr müssen privaten Gewinnen auch entsprechende private Risiken gegenüber stehen und reine Mitnahmeeffekte ausgeschlossen werden. Den vom EFSI übernommenen Risiken muss eine angemessene Verzinsung bzw. Gewinnbeteiligung gegenüberstehen. Öffentlich bereitzustellende Infrastrukturmaßnahmen müssen über die für den Steuerzahler beste Finanzierungsform finanziert werden. Zudem muss der EFSI so ausgestaltet sein, dass er nicht in der Grundanlage ein Programm zur Förderung von europäischen ÖPP-Projekten darstellt.

Schlecht verhandelte und unprofessionell gesteuerte ÖPPs haben auch zur Haushaltskrise in Portugal und Zypern beigetragen, da festgeschriebene Zinszahlungen den Haushalt signifikant belastet haben. Das Troika Paket verlangte von Portugal im Jahr 2011, die existierenden ÖPP zu überprüfen und neu zu verhandeln und vor Einführung eines neuen Regelungsrahmens keine neuen ÖPP zu gründen. In Zypern hat der IWF um eine Reform rund um ÖPP und Einstellung unrentabler ÖPP Finanzierung gebeten. In Großbritannien kam eine Studie des Finanzausschusses 2011 zu dem Schluss, dass ÖPP-Projekte deutlich teurer waren als sie es durch öffentliche Finanzierung gewesen wären und dies nicht durch Effizienz- oder Qualitätsgewinne aufgewogen wurde.

## **ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN DEUTLICH STEIGERN**

Klar muss sein: Ohne eine substantielle Stärkung öffentlicher Investitionen in die ökologische Zukunft des Kontinents wird Europa nicht aus der Krise kommen. Der konsequente Umbau der europäischen Wirtschaft ist nicht nur eine Riesenherausforderung, sondern auch eine Chance, die jetzt ergriffen werden muss. Um die Nachfrageschwäche und die massiv eingebrochenen Investitionen der öffentlichen Hand zu lösen, muss die vorhandene Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts genutzt werden, um Investitionen mit Signalwirkung zu ermöglichen. Über die bisherigen Strukturfonds hinaus müssen außerdem bessere Möglichkeiten für die Förderung von öffentlichen Investitionen geschaffen werden.

Die Gelder aus dem EU-Haushalt fließen schon heute zu etwa 70 Prozent in Investitionen in den Mitgliedstaaten und spielen somit gerade in den Staaten Südeuropas eine wichtige Rolle. Um die in der Strategie „Europa 2020“ gesetzten Ziele zu erreichen, braucht der Mehrjährige Finanzrahmen dringend zusätzliche Spielräume. Die Bundesregierung muss daher ihre strukturkonservative Verweigerungspolitik aufgeben. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die EU mitten in einer schweren Krise erstmals überhaupt sparen muss. Damit muss Schluss sein und der anstehende Review-Prozess genutzt werden, um den EU-Haushalt zu stärken. Für gezielte öffentliche Investitionen im Sinne eines Green New Deals müssen insbesondere die bestehenden Rubriken für intelligentes und integratives Wachstum des EU-Haushalts besser ausgestattet werden.

Grundsätzlich gilt: Öffentliche Investitionen müssen solide finanziert werden. Zur Stärkung des EU-Haushalts sollten einerseits neue Eigenmittel auf europäischer Ebene erschlossen werden. Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer (FTT) müssen in den EU-Haushalt fließen, damit auch der Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt und die soziale Gerechtigkeit gestärkt wird. Andererseits sollte eine Verbesserung der Einnahmeseite auf Ebene der Mitgliedsstaaten erfolgen, deren Erfolg in Form von Mehreinnahmen dann auch dem EU-Haushalt zukommt.

## **INVESTITIONEN DURCH MEHR STEUERGERECHTIGKEIT ERMÖGLICHEN**

Zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite, wie vom Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie dem Fiskalpakt vorgesehen, kann die Politik nicht alleine auf der Ausgabenseite ansetzen, sondern muss auch für die Verbesserung der Einnahmeseite sorgen.

Jedes Jahr geht den Staaten der Europäischen Union eine Billion Euro durch Steuervermeidung und -hinterziehung verloren. Geld, das dringend für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen benötigt wird. Nach Schätzungen beträgt alleine die unrechtmäßige Nichtabführung der Umsatzsteuer innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ca. 100 Mrd. Euro pro Jahr. Dabei macht der sogenannte „Karussellbetrug“ den größten Anteil aus. Dabei handelt es sich um eine Steuerbefreiung, bei der eine inländische Lieferung als innergemeinschaftliche Lieferung durch Händler aus mehreren Mitgliedstaaten deklariert wird und nur durch Kooperation der Mitgliedstaaten aufgedeckt werden kann.

Es muss deshalb gemeinsames Ziel aller Mitgliedsländer und der EU-Institutionen sein, den Kampf gegen Steuerbetrügereien zu koordinieren und gemeinsam energisch anzugehen. Wir schlagen einen Steuerpakt vor, der die Kooperation der Staaten in Steuerfragen mit konkreten Maßnahmen verbessert und die Steuervermeidung und -hinterziehung in Europa unterbindet.

Von den Mehreinnahmen aus dem Steuerpakt sollte ein fester Anteil (ca. 20 Mrd. Euro) von den EU-Mitgliedstaaten auf Basis einer freiwilligen politischen Vereinbarung in den EU-Haushalt fließen und in der Rubrik 1b für die Einrichtung eines neuen Fonds zur Förderung von öffentlichen Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Sie sollen dort gezielt zur Förderung von öffentlichen Zukunftsinvestitionen über die bisherige Kohäsionspolitik hinaus genutzt werden. Ziel dieses neu

geschaffenen, durch den von uns vorgeschlagenen Steuerpakt finanzierten Zukunftsfonds muss sein, öffentliche Investitionen in den unterschiedlichsten Regionen der EU zu fördern und dabei die traditionelle Strukturpolitik zur Förderung der rückständigsten Regionen in der EU mit den Zielen der EU 2020 Strategie zu verbinden. Dafür sollten Projekte in den Regionen identifiziert werden, die durch eine gezielte Förderung aus dem Fonds und eine Beteiligung der Mitgliedsstaaten öffentliche Investitionen in die Instandhaltung bestehender Infrastruktur ermöglichen und gleichzeitig ökologischen und sozialen Maßstäben Rechnung tragen.

Der Zukunftsfonds sollte nach dem Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit funktionieren: Von den Mitteln sollen nur Regionen und Kommunen in den Mitgliedsstaaten profitieren können, die sich auch an der Umsetzung des Steuerpakts beteiligen und klare Kriterien für den Erhalt von Fördergeldern erfüllen. Die Vergabe von Fördergeldern aus dem Fonds sollte aber vor allem von der Qualität der Projekte und der Notwendigkeit der Investition zur Erreichung der EU 2020 Ziele abhängig gemacht werden. Die Kontrolle der Mittel bleibt beim Europäischen Parlament, das das Haushaltsrecht hat und die Haushaltskontrolle ausübt.

## **SOLIDARISCHE FINANZIERUNG**

Die Lasten der europäischen Krisenbewältigung wurden bislang vor allem auf den Schultern der Schwächeren und der Mittelschichten abgeladen, was nicht nur sozial ungerecht ist, sondern auch die Nachfrage hat einbrechen lassen. Das muss sich ändern: Hohe Vermögen und Einkommen, die es auch in den Krisenstaaten gibt, müssen stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Das muss auch europäisch koordiniert werden, so dass es nicht zu einer Verschiebung des Kapitals von einem Mitgliedstaat in den anderen kommt. Deshalb braucht es einen klaren Zeitplan zur Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) und eine europaweite Koordination der Unternehmensbesteuerung. Wir schlagen vor, einen konkreten Pfad zu einem Mindeststeuersatz zu vereinbaren.

Außerdem müssen wir europaweit definieren, was rechtlich unter einer sogenannten Steueroase zu verstehen ist. Wir müssen Tax-Rulings wie zuletzt in Luxemburg unterbinden und länderbezogene Berichterstattungspflichten (country-by-country-reporting) von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen einführen. Nicht zuletzt müssen für eine effiziente Umsetzung die Steuerverwaltungen der Mitgliedsländer verbessert und die Kooperation zwischen den Verwaltungen intensiviert werden.

## **DIE RICHTIGEN STRUKTURREFORMEN FÜR EUROPA**

Eine umfassende Strategie für mehr Investitionen in Europa setzt nicht nur bei der Finanzierung an. Auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen, um die Investitionsquote auf einem angemessenen Level zu halten. Die Kohärenz der jeweiligen Ziele zwischen den gerade verhandelten Sustainable Development Goals (SDG), der Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, der EUROPA2020-Strategie sowie der europäischen wie globalen Klimaziele stellt dafür eine unabdingbare Voraussetzung dar.

## **ÖKOLOGISCHE ERNEUERUNG**

Investitionen in die ökologische Erneuerung Europas hängen maßgeblich von den Strukturen ab, die solche Investitionen begünstigen beziehungsweise hemmen. Dies beginnt auf der Ebene der einzelnen Produkte und setzt sich bei ganzen Branchen fort.

Wenn wir Investitionen in technologische Innovationen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass es sich lohnt, innovativ zu sein und dass alte Technologien aus dem Markt verschwinden. Das zeigt sich nicht zuletzt bei der Schaffung einer Klimaschutzunion. Diese darf nicht eine Fortsetzung des Status Quo mit neuen verbalen Etiketten sein. Sie muss zur Blaupause für eine echte europäische Energiewende werden, damit spätestens im Jahr 2050 ganz auf Energie aus fossilen Energieträgern und auf Atomkraft verzichtet werden kann. Dies ist erreichbar, wenn mit Hochdruck an einer Verbesserung der Energieeffizienz und an einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien gearbeitet wird. Das würde neben der Bekämpfung des Klimawandels für mehr zukunftsfähige Jobs in der EU sorgen und zu einer Reduzierung der Abhängigkeit geopolitisch fragwürdiger Bezugsquellen führen.

Wir wollen mit unserem New Deal einen Aufbruch hin zur Grünen Landwirtschaft. Die EU-Agrargelder sollen nicht mehr mit der Gießkanne ausgeschüttet werden, sondern gezielt bäuerliche Betriebe unterstützen, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften. Gerade im Bereich der Tierhaltung und im Ökolandbau ermöglicht uns ein Umdenken bei den Agrarsubventionen den Quantensprung, den wir dringend brauchen.

Neue Subventionen für gefährliche Atomkraftwerke und die im Wesentlichen auf fossile Energien abzielenden Pläne der Kommission zur Gründung einer Energieunion sind gefährlich und führen uns zurück ins letzte Jahrhundert. Auch die halbherzigen EU-Klima- und Energieziele für 2030 reichen nicht aus, um die erforderliche Dynamik bei der ökologischen Erneuerung Europas auszulösen. Stattdessen brauchen wir für die EU verpflichtende Ziele von mindestens 40 Prozent Energieeinsparung, mindestens 45 Prozent Anteil bei den Erneuerbaren Energien und mindestens 55 Prozent Emissionsminderung bis 2030 vorgeschlagen.

In der nächsten Zeit steht die Novellierung wichtiger europäischer Rechtsakte wie der Energieeffizienz-Richtlinie, der Gebäude-Richtlinie, der Energieverbrauchskennzeichnung und der Ökodesign-Richtlinie an. Die Überarbeitung der Richtlinien muss dazu führen, dass die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen endlich an Fahrt aufnimmt – auch mit Blick auf Chancen für europäische Unternehmen. So wollen wir zum Beispiel die Ökodesign-Richtlinie zu einem echten TOP Runner Programm ausbauen. Sie muss in diesem Zusammenhang über ambitioniertere Energieeffizienzziele hinaus auch auf eine substantielle Reduktion des Ressourceneinsatzes hin weiterentwickelt werden. Eine ambitioniertere Ausgestaltung der Gebäude-Richtlinie und der Energieeffizienzrichtlinie kann zudem die Sanierungsrate von Gebäuden erhöhen. Die energetische Gebäude- und Quartierssanierung im Sozialwohnungssektor leistet außerdem einen Beitrag zum Schutz vor Armut. Insgesamt führen Investitionen in diesem Bereich zu mehr Beschäftigung im Mittelstand und Handwerk vor Ort und senken nachhaltig die Importrechnung für Erdgas und Erdöl zum Heizen unserer Gebäude.

Sinnvolle Projekte im Bereich Verkehr sind die Schaffung eines wirklich gemeinsamen Eisenbahnnetzes, der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektroautos und Elektrobusse und gezielte Maßnahmen für nachhaltige Mobilität in der Stadt. Der politische Beschluss zum Ausbau der Schienennetze, die konsequente Vereinheitlichung der Zugtechnik, die Etablierung eines europäischen Nachtzugverkehrs, die Modernisierung der ÖPNV-Systeme und die Entwicklung fahrradfreundlicher Städte nach dem Vorbild Kopenhagens bedeuten einen ein Schub für den Klimaschutz und würden große Investitionen nach sich ziehen.

Wir begrüßen die Vorschläge der EU-Kommission zur Reduzierung der Erdölabhängigkeit durch eine weitere Fortschreibung ambitionierter CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für PKW in 2025. Bei der Weiterentwicklung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte darf es nicht wieder zur Aufweichung der Grenzwerte durch eine deutsche Bundesregierung kommen. Auch der Flugverkehr muss schnellstmöglich in eine effektive Emissionsminderungsstrategie einbezogen werden.

Auf der Branchenebene brauchen wir Initiativen, die die wirtschaftliche Kooperation in Europa in genau jenen Bereichen vertiefen, die für eine ökologische Erneuerung wichtig sind. Zum Beispiel im Energiemarkt. So muss das Ziel eines gemeinsamen europäischen Strommarktes sein, den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur anzureizen und damit die Energiesicherheit zu erhöhen, den Weg zu erneuerbaren Energien zu ebnen, Europa stärker zusammen zu führen und Investitionen in Milliardenhöhe nach sich zu ziehen.

Wenn wir unsere Klimaziele ernst nehmen, muss umweltschädliches Wirtschaften auch endlich in entsprechend höheren Preisen abgebildet sein. Umweltschädliche Subventionen müssen überall in Europa konsequent abgebaut werden und die CO<sub>2</sub>-Zertifikate verknappt werden, damit der Handel damit wieder in Fahrt kommt. Für die Bereiche, die nicht vom Zertifikatehandel erfasst werden, brauchen wir eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Zusätzlich sollten z.B. über eine Ressourcenverbrauchsabgabe Anreize geschaffen werden, den überbordenden Ressourcenverbrauch unseres Wirtschaftens drastisch zu reduzieren. Durch diese Maßnahmen könnten Investitionsanreize für nachhaltige Technologien geschaffen werden und weitere europäische Mittel generiert werden, um öffentliche Projekte in Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu finanzieren.

## **INVESTITIONEN IN DEN NATURSCHUTZ LOHNEN SICH**

Europas Natur braucht Investitionen, diese kommen nicht nur der Natur, den Tieren, dem Wasser und Flüssen zu Gute, sondern auch den Menschen vor Ort, der Wirtschaft und der Landwirtschaft – die Projekte haben direkte regionale Wirtschaftseffekte. Schutzgebiete, Infozentren, Landwirte, die ökologisch arbeiten, der Tourismus, lokale Unternehmen und deren MitarbeiterInnen besonders in ländlichen Gebieten – sie alle profitieren. Die tatsächliche Umsetzung aller Natura-2000-Schutzgebiete würde die EU-Staaten gemeinsam geschätzt etwa 6 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Gleichzeitig würden die über 27.000 Gebiete aber geschätzt bis zu 300 Milliarden Euro an Ökosystemleistungen für die Allgemeinheit zurückgeben – in Form von gereinigtem Wasser, sauberer Luft, fruchtbaren Böden, CO<sub>2</sub>-Speicherung, Hochwasserschutz, Tourismus und Gesundheitsförderung.

Bisher wird Naturzerstörung mit EU-Geldern subventioniert, denn die höchsten Subventionen der EU gehen in die industrielle Landwirtschaft. EU-Gelder sollen in Zukunft schwerpunktmäßig in grüne Naturschutzmaßnahmen fließen, um den Schutz der biologischen Vielfalt zu stärken. Bei den Agrarsubventionen gilt grundsätzlich: Öffentliche Gelder sollen nur in öffentliche Leistungen fließen. Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen, Investitionen für echten Naturschutz sind aufzustocken.

## **SOZIALE STRUKTURREFORMEN**

Der Green New Deal zielt auch auf soziale Gerechtigkeit und die Stärkung des Zusammenhalts in Europa. In weiten Teilen Europas ist die Jugendarbeitslosigkeit zu einem großen Problem geworden. Dies führen die hohen Arbeitslosenquoten in Bulgarien, Rumänien, Polen und der Slowakei deutlich vor Augen. Zudem zeigt die besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien, Kroatien und Italien, dass eine ganze Generation unter der verheerenden wirtschaftlichen Krise Europas leidet. Wenn wir wollen, dass Europa auch in Zukunft noch stark ist, dann müssen wir gerade der jungen Generation zeigen, dass Europa vor allem eine Solidargemeinschaft ist.

Zum Green New Deal für Europa gehören deswegen neben Investitionen auch Strukturreformen für eine bessere soziale Absicherung, sowohl in den Mitgliedstaaten als auch auf EU-Ebene. Alle EU-Mitgliedstaaten sollten verpflichtet werden, soziale Mindeststandards zu erfüllen, eine



Mindestsicherung zu schaffen, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken sowie den Zugang zur sozialen Sicherung für alle, insbesondere zur Gesundheitsversorgung, zu ermöglichen. Das hat nicht nur sozialpolitische, sondern im Sinne eines gerechten „Level Playing Field“ auch wirtschaftspolitische Gründe und muss auch im europäischen Vergaberecht seine Abbildung finden.

Es ist für uns wichtig, dass nicht nur die Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch die Sozialpolitik auf europäischer Ebene stärker koordiniert wird. Europäische Sozialsysteme könnten als automatische Stabilisatoren wirken. Die EU-Kommission soll deshalb prüfen wie eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung praktisch umgesetzt werden könnte. Dabei geht es uns nicht um eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme, sondern lediglich darum, einen Teil der bestehenden nationalen Arbeitslosenversicherungen zu ersetzen.

Wir treten dafür ein, dass die Armutsbekämpfung zunehmend auch als europäische Aufgabe verstanden wird und setzen uns dafür ein, dass im Rahmen eines Europäischen Konvents die Europäischen Verträge so überarbeitet werden, dass die Möglichkeit für eine Europäische Grundsicherung geschaffen wird.

## **FINANZMÄRKTE STABILISIEREN UND BANKEN SANIEREN**

Mit der Kapitalmarktunion verfolgt die Europäische Kommission das anspruchsvolle Ziel, Investitionen in Europa und damit Beschäftigung und Wachstum zu fördern. Dabei vernachlässigt sie jedoch den Aspekt der Nachhaltigkeit. Doch gerade Reformen, die langfristige Investitionen erleichtern, sind ein zentrales Vehikel, die grüne Transformation unserer Volkswirtschaften voranzutreiben. Allerdings darf die Förderung von Kapitalmarktfinanzierungen nicht auf Kosten der Finanzstabilität geschehen. Risiken aus dem Bankbereich dürfen nicht schlicht in das Schattenbanksystem verlagert werden. Bisher betreibt die Europäische Kommission mit ihren Vorschlägen zum Teil Symptombekämpfung. Die Investitionsschwäche liegt nicht primär, wie von der Kommission suggeriert, in mangelndem Zugang zu Finanzierungsmitteln, sondern zuvorderst an einer stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Kleine und mittlere Unternehmen insbesondere in Krisenstaaten kommen nur noch erschwert an Bankkredite, da die Institute unter dem großen Anteil notleidender Kredite in den Büchern ächzen. Hier wäre eine grundsätzlichere Sanierung des Bankensektors die zielführendere Alternative.

## **TRANSPARENTE ENTSCHEIDUNGEN, KAMPF GEGEN KORRUPTION UND FÜR EFFEKTIVE KONTROLLE**

Die europäische Politik ist in den nationalen Hauptstädten und in Brüssel dem Einfluss mächtiger Lobbygruppen ausgesetzt, die dafür kämpfen, ihre Interessen zu sichern. Vor allem weil der Einfluss dieser Lobbygruppen nicht transparent ist und die reichsten Lobbyinteressen weitaus mehr Macht und Einfluss als Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen haben, ist das eine schwere Belastung für die europäische Demokratie.

Gleichzeitig schreitet die wirtschaftliche Konzentration in Europa zusehends voran, etwa in der Agrarindustrie oder im Einzelhandel. Wenn wir die ökologisch-soziale Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollen, müssen wir für fairen Wettbewerb sorgen und monopolistische Strukturen in der europäischen Wirtschaft aufbrechen, um Marktwirtschaft zu fördern. Dazu werden neue Instrumente und Institutionen in der europäischen Wettbewerbspolitik benötigt; vor allem ein eigenständiges europäisches Kartellamt, das im Zweifel auch über die Kompetenz verfügt, Konzernstrukturen bei zu großer wirtschaftlicher und damit politischer Macht zu entflechten.

Sowohl in den Mitgliedsländern als auch in der europäischen Union als ganzer muss härter gegen Korruption vorgegangen werden, gerade damit Gelder für öffentliche Investitionen dort ankommen, wo sie benötigt werden. Auf europäischer Ebene bedeutet das vor allem mehr Transparenz herzustellen. Dies bezieht sich zum einen darauf, die Lobbyaktivitäten in Brüssel transparenter zu machen. Wir begrüßen die Ankündigung der EU-Kommission alle Lobbyistenkontakte der Kommissare und ihrer wichtigsten Mitarbeiter „als generelle Regel“ veröffentlichen zu wollen. Wir begrüßen auch die Ankündigung eines verbindlichen Lobbyregisters, das nun EU-gesetzlich und nicht nur über Vereinbarungen zwischen EU-Institutionen umgesetzt werden muss. Deutlich schlechter sieht es in Deutschland aus. Die Große Koalition lehnt ein Transparenzregister bislang völlig ab.

## **EUROPÄISCH DENKEN: ZEIT FÜR EINEN GREEN NEW DEAL**

Die Unterschiede in der Wirtschaftsleistung einzelner Länder der Eurozone haben in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Während Deutschland boomt, kämpfen andere Mitgliedsstaaten mit Stagnation. Die ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken durch den gemeinsamen Währungsraum trägt hierzu genauso bei wie die Unterschiede in der jeweiligen Wirtschaftsstruktur der Mitgliedsstaaten. Um mit diesen Schieflagen künftig besser umgehen zu können, muss die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU deutlich gestärkt werden. Instrumente wie das Europäische Semester oder das Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte müssen verbessert werden und stärker als bisher auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen reagieren. Die wirtschaftspolitische Steuerung muss demokratischer werden und stärker unter die Kontrolle des EU-Parlaments gestellt werden. Jetzt ist die Zeit die wirtschaftspolitische und sozialpolitische Integration in Europa voranzutreiben, Zukunftsinvestitionen europäisch zu befördern, zu koordinieren und finanziell zu unterstützen und einen notwendigen Beitrag zur ökologischen Erneuerung der europäischen Volkswirtschaften zu leisten.

In Krisenländern, die wie Griechenland ein Viertel der Wirtschaftsleistung eingebüßt haben, ist aufholendes Wachstum kurzfristig nötig. Der Green New Deal soll aber ein Wirtschaften ermöglichen, das mit unseren sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen im Einklang steht. Die entwickelten Volkswirtschaften können ihre traditionellen Wachstumsmodelle aus ökologischen und demographischen Gründen ohnehin nicht einfach fortsetzen. Darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten. Krisen eröffnen immer auch Möglichkeiten zur Veränderung – diese wollen wir nutzen und mit klugen Investitionen in ökologische und soziale Innovationen dazu beitragen, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und zukunftsfähiger zu machen.